

PRESSEMITTEILUNG

PRESSESPRECHER
Torsten Haase

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.de

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Sozialpolitik

TOP 31

Frauke Tengler: Aids als Bedrohung weiter hochaktuell!

Das Robert-Koch-Institut und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung stellen im März 2004 gemeinsam fest, dass die Gesamtzahl der in Deutschland neu diagnostizierten HIV-Infektionen im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen ist.

In Deutschland infizierten sich 2003 ungefähr 2.000 Menschen neu mit dem HIV-Virus, in Schleswig-Holstein waren es 50 Menschen.

Die neudiagnostizierten HIV-Infektionen steigen an, die Sorglosigkeit im Schutzverhalten gegen das Virus nimmt bedauerlicherweise auch zu.

Dank der permanenten Weiterentwicklung von Aidsmedikamenten gibt es heute im Jahr 2004 zwar verbesserte Behandlungsmöglichkeiten der HIV-Infektion und der Aids Symptome, aber: auch deren Wirkung ist begrenzt. Die Zahl der durch Aids bedingten Todesfälle war z.B. im Jahr 2001 geringer als in früheren Jahren.

Dies mag ein Grund für die wachsende Nachlässigkeit in der Anwendung von Schutzmaßnahmen beim Geschlechtsverkehr - gerade bei Jugendlichen - sein.

Das beweist auch der Anstieg der Abtreibungsrate bei Jugendlichen bundesweit. Die Zahl der Abtreibungen stieg bei den jungen Mädchen von unter 15 Jahre bis unter 18 Jahre von 6.316 Fällen im Jahr 1996 auf 10.411 in 2002.

15 Prozent der Jugendlichen verhüten "beim ersten Mal" nicht.

Aids als Bedrohung ist aus dem Focus geraten, weitgehend aus den Medien verschwunden, obwohl die Zahl der Neuinfizierten steigt.

Dem SSW sei Dank durch seinen ursprünglichen Antrag diese hochaktuelle Bedrohung wieder thematisiert zu haben.

Die betroffenen Klienten und ihre Familien brauchen psychosoziale Beratung. Unsere Jugendlichen brauchen Informationen, Aufklärung und Präventionen. Die CDU-Fraktion erkennt und unterstützt diese Notwendigkeiten.

Aber, liebe Frau Hinrichsen, die CDU-Fraktion will auch, dass die Aufgaben, die vor Ort erledigt werden können, vor Ort erledigt werden!

Und zwar von denen, die vor Ort die Verantwortung für diese Aufgaben tragen und daher auch die Bedürfnisse der Betroffenen vor Ort besser einschätzen können.

Wir wollen nicht in regionale Belange hineinregieren. Dort soll die Entscheidung möglichst schnell getroffen werden, damit das Land dann die zugesagte Förderung umgehend überweisen kann.

Die Themen Aids und Aidsprävention müssen wieder in den Fokus auch dieses hohen Hauses rücken. Wie eine Kommune die psychosoziale Beratung von HIV-Positiven und –Gefährdeten vor Ort organisiert ist allein ihre Verantwortung!